

Antrag 107/I/2021**FA VII - Wirtschaft, Arbeit, Technologie****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****vertagt (Konsens)****Maßnahmen zur wirksamen Stärkung des Vermögensaufbaus zugunsten unterer und mittlerer Einkommen in Deutschland**

1 Neben einer Veränderung der Ziele einer Wirtschaftspo-
2 litik, die in den letzten zwei Jahr-zehnten insbesondere
3 aufsteigende Leistungsbilanzüberschüsse und eine über
4 dem In-vestitionsniveau liegende Sparquote gesetzt und
5 dadurch die Vermögensakkumulation reicherer Bevölke-
6 rungsschichten begünstigt hat, sind Maßnahmen zu de-
7 finieren, die auf eine deutlich stärkere Vermögensbildung
8 bei den finanziell schwächeren Bürgern zielt.

9 Wir sind der Meinung, dass dort anzusetzen ist, wo Hin-
10 dernisse die Bildung von Vermögen erschweren, insbeson-
11 dere wenn:

- 12 • ein schwaches bis kein Sparpotential aufgrund eines
13 niedrigen Einkommens vorhanden ist bzw.
- 14 • der Zugang zur Anschaffung von Wohneigentum
15 oder rentableren Geld-ver-mögens-anlagen auf-
16 grund finanzieller Verhältnisse und persönlicher
17 Kenntnisse erschwert wird.

18

19 Folgende Maßnahmen sollen in Betracht gezogen wer-
20 den:

21

22 **1. Stärkere Teilhabe der Mitarbeitenden an der Wertent-**
23 **wicklung der Unternehmen durch Ausgabe von Unter-**
24 **nehmensanteilen an die Belegschaften**

25 Fondsstrukturen können einen wesentlichen Beitrag zur
26 Beteiligung der Belegschaften an der Wertentwicklung
27 und dem Unternehmenserfolg bieten. Dedizierte Spezial-
28 fonds, z.B. in Form treuhänderischer Zwischengesellschaf-
29 ten, an denen die Mitarbeitenden beteiligt werden, wür-
30 den in ihrer Rechnung die Anteile an den arbeitgeben-
31 den Unternehmen halten. Solche Lösungen, die im Aus-
32 land seit langer Zeit Anwendung finden, sollen auch in
33 Deutschland Einsatz finden:

- 34 • zur Herstellung einer effizienten Strukturierung des
35 Beteiligungsangebots, das leichter an die Gesamt-
36 heit der Belegschaft gerichtet werden kann, sowie
- 37 • zum besseren Schutz der Interessen der am
38 Unternehmen beteiligten Belegschaften gegen-
39 über ihren Arbeitgebern mit einer konsequenten
40 Ausgestaltung der Anlegervertretung in den
41 Gesell-schafts-organen wie z.B. in der Hauptver-
42 sammlung

43

44 Die Wahrnehmung der Interessen der Mitarbeitenden
45 durch die Instrumente der betrieblichen Mitbestimmung
46 sowie der tariflichen Bindung werden durch derartige Be-
47 teiligungsmodelle nicht berührt. Das durch eine Beteili-

48 gung des Arbeitnehmenden am Unternehmen zugleich
49 übernommene Risiko (für den Ausfall der Beteiligung bei
50 Insolvenz) soll durch Mitspracherechte u.a. in der Anleger-
51 vertretung gemindert werden.

52

53 Solche unter-neh-mensbezogene Lösungen sollen in der
54 Weise ausgelegt werden, dass anderes, mit einer Mitar-
55 beiterbeteiligung nicht verbundenes Wert-papiervermö-
56 gen der Mitarbeitenden eingeschlossen und gefördert
57 wird[1]¹, Damit werden möglich:

- 58 • eine Risikominimierung durch eine gute Streuung
59 der Anlegerportfolien, die somit nicht nur aus Betei-
60 ligungen an einzelnen Unternehmen bestehen. Die-
61 se tragen mit sich m Extremfall das Risiko des To-
62 talausfalls, insbesondere wenn es um Beteiligungen
63 an Startups geht.
- 64 • die Übertragung der Portfolioverwaltung auf pro-
65 fessionelle und unabhängige Unternehmen, die u.a.
66 die Funktion der Anlageentscheidung zur Entlas-
67 tung oft überforderter AnlegerInnen übernehmen
- 68 • Kostenvorteile für die investierten Mitarbeitenden
69 dank der Nutzung von Skaleneffekten, welche zu-
70 sätzlich breiter angelegte Anlagestrategien erlau-
71 ben, die den einzelnen Investoren verwehrt wären

72

73 Ein ganz wesentlicher Aspekt ist, dass Fondsstrukturen
74 dazu geeignet sind, Steuervergünstigungen zugunsten ih-
75 ren Beteiligten einzuführen, die auf eine Besserstellung
76 der unteren und mittleren Einkommen zielen und somit
77 den Vermögensbau stark zu fördern. Dabei wäre z.B. die
78 steuerbefreite Wieder-anlage im Fonds denkbar, wie in
79 anderen Ländern bereits möglich ist. Dort werden Erträge
80 von der Einkommensteuer – meistens aber nicht von den
81 Sozial-abgaben – befreit, solange sie im Fonds bleiben.
82 Durch die Einschränkung auf solche Spezialfonds wird ei-
83 ne nicht sinnvolle Übertragung solcher Ausnahmen auf
84 nicht zu vergünstigende Vermögen konsequent vermie-
85 den und die einheitliche Gestaltung des Steuergesetzes
86 grundsätzlich bewahrt

87 Unternehmen sollten außerdem in die Lage versetzt wer-
88 den, ihre Fondsangebote für die Mit-ar-bei-tenden zu-
89 sammenzulegen, um Skalenvorteile besser zu nutzen. Die
90 Fonds werden durch Zuführungen der Arbeitgeber und
91 dessen Mitarbeiter gespeist.

92

93 **2. Umverteilung von Unternehmensanteilen**

94 Die Bundesrepublik Deutschland selbst soll einen Dach-
95 fonds initiieren (ein „*Deutsch-lands-fonds*“), an dem sich
96 unternehmenseigene Beteiligungsprogramme an-schlie-
97 ßen können.

98 Neben den somit im Fonds zusammenfließenden Beteili-
99 gungen sind zwei weitere wichtige Investitionsquellen zu
100 aktivieren:

- 101 • Wiederanlage von Erträgen aus dem Wertzuwachs
102 von mit öffentlichen Mitteln finanzierten Innovati-
103 onsunternehmen Innovation wird oft dank der Un-
104 terstützung durch den Staat möglich. Diese Unter-
105 stützung erfolgt in verschiedenster Weise, u.a. über
106 die Verfügungs-stellung erheblicher Finanzmittel,
107 insbesondere wenn das Unternehmensrisiko am
108 höchsten ist und der privaten Finanzierung sehr en-
109 ge Grenzen gesetzt sind – z.B. während der Startup-
110 Phase eines Unternehmens. Wir fordern, dass der
111 Bund bzw. die Länder am Wertzuwachs der durch
112 öffentliche Mittel finanzierten Unternehmen in ge-
113 eigneter Weise durch Übernahme von Kapitalbetei-
114 ligungen partizipieren und dass daraus entstehende
115 Erträge in Form von Dividenden und Veräusserungs-
116 gewinnen in der Fondsstruktur reinvestiert werden,
117 sodass sie der Allgemeinheit und insbesondere vermö-
118 gögensärmeren Gruppen zugute kommen können.
- 119 • Ausgabe von Gratisaktien und -anteilen Darüber
120 hinaus fordern wir die Ausgabe von Gratisaktien
121 und -anteilen von Unternehmen in einem zu be-
122 stimmenden maximalen Rahmen zugunsten des
123 skizzierten „Deutschlandsfonds“. Hierdurch wird un-
124 mittelbar eine Umverteilung von Vermögenswer-
125 ten der UnternehmenseigentümerInnen zu Gun-
126 sten der arbeitnehmenden Teile der Gesellschaft er-
127 reicht.

129 **3. Abbau der steuerlichen und kostentechnischen Nach-** 130 **teile für Gering- und Normalverdienende**

131 Zur Verstärkung bestehender und künftiger Maßnahmen
132 ist eine deutliche Anhebung der derzeitigen steuerli-
133 chen Anreize erforderlich, welches auch mit dem Ausland
134 gleichzieht. Der derzeit geringe Freibetrag für den ver-
135 günstigten Bezug von Belegschaftsaktien (§ 3 Nr. 39 EStG)
136 sollte von derzeit € 360/Jahr auf ein „europäisches“ Ni-
137 veau“ gebracht werden (d.h. auf mindestens € 3.000/Jahr
138 – eine Erhöhung des Freibetrags auf nur € 720 wird seit
139 langer Zeit in der Koalition diskutiert und ist erwartet).

140 Eine entsprechende Erhöhung der Arbeitnehmer-
141 Sparzulage gem. Fünftem Vermögensbildungsgesetz
142 (20% von max. € 400, d.h. € 80 / Jahr) sollte ebenfalls
143 vorgenommen werden.

145 **4. Erleichterungen beim Kauf von selbstgenutztem Wohn-** 146 **raum für Gering- und Normalverdienende**

147 Zur wirtschaftlichen Unterstützung des Kaufs von selbst-
148 genutztem Wohnraum – ins-be-son-dere von Bürgerin-
149 nen und Bürgern mit niedrigem und mittlerem Einkom-
150 men und Vermögen – sollen Erleichterungen eingeführt
151 werden, z.B. die Befreiung von der Grund-er-werb-
152 steuer in bestimmten Fällen. Darüber hinaus soll diesen
153 vermögensarmen Gruppen weitere Vergünstigungen in

154 der Anschaffung, u.a. bei der Vermittlung der Wohnung
155 zukommen. In Berlin können z.B. die Gesamttransaktions-
156 kosten ca. 15% des Kaufpreises eines Ob-jektes erreichen
157 und stellen somit eine Hürde für finanzschwache, priva-
158 te Käuferinnen und Käufer dar. Private Käuferinnen und
159 Käufer sind hier gegenüber Unternehmen besonders im
160 Nach-teil, wenn man bedenkt, dass die auf der Basis von
161 Prozentsätzen kalkulierten Kosten auf bereits hohe zu er-
162 bringende Summen zu berechnen sind während Unter-
163 nehmen derartige Kosten über die Nutzung rechtlicher
164 und steuerrechtlicher Konstruktionen begrenzen können.
165 Wir wollen das Bürgerinnen und Bürger gezielt gegen-
166 über in Wohnraum investierenden Unternehmen bevor-
167 zugt bzw. durch steuerrechtliche und fördertechnische
168 Maßnahmen begünstigt werden.

169

170 **Begründung**

171 Noch deutlich stärker als die Einkommensverteilung (sie-
172 he Quelle 1) ist die Verteilung des Vermögens in Deutsch-
173 land unausgewogen. Neue DIW Berechnungen (Quelle 2),
174 die auf eine prä-zisere Erhebung der Daten über die reichs-
175 ten Deutschen zurückgreifen, zeigen, dass das oberste
176 Perzentil über 35% (frühere Schätzung: 22%) und das
177 oberste Dezil 67% (vorher: 56%) des Nettovermögens ver-
178 fügen. Die Kehrseite der Medaille ist, dass die unte-ren
179 50 % der Erwachsenen lediglich 1,4% des Nettogesamtver-
180 mögens besitzen. Im un-güns-tigen Vergleich mit anderen
181 Ländern zeigt Deutschland, trotz einer Verbesserung um
182 0,02 in den Jahren 2014-2017 (Quelle 4), mit 0,74 den lt. EZB
183 dritthöchsten Gini-Ko-ef-fi-zien-ten (Quelle 3) unter den
184 Euro-Ländern nach den Niederlanden und Zypern (Quelle
185 5). DIW sieht den derzeitigen Gini-Koeffizienten sogar bei
186 0,83 (Wert vor der neuen Berechnung: 0,78).

187 Wohneigentum zählt neben Betriebsvermögen in
188 Deutschland zu den wichtig-sten Treibern des Vermö-
189 genswachstums. Bekanntlich ist die niedrige Eigen-
190 tums-quote (weniger als 40%), neben der Vorliebe für
191 Bargeld und Bankeinlagen, ein wesentlicher Grund für
192 das im Verhältnis zu anderen europäischen Ländern
193 niedrige pro-Kopf Ver-mögen der Deutschen. Hieraus be-
194 gründet sich die Forderung nach vereinfachtem Zugang
195 zum Aufbau von Wohn-eigentum für geringvermögende
196 Gruppen.

197 Diese Zahlen belegen, dass es Zeit ist, in Deutschland dem
198 Thema der Vermögensbildung deutlich mehr Aufmerk-
199 samkeit zu schenken und eine ausgleichende und aktive-
200 re Politik zu verfolgen. Als Kaufkraftreserve hat das Ver-
201 mögen eine unerläßliche Sicherungsfunktion für die Bür-
202 gerinnen und Bürger, welche ansonsten in Situationen
203 des Bedarfs nur auf die Unter-stützung des Staates und
204 der Familie angewiesen ist. Fehlendes Vermögen bedeu-
205 tet für den einzelnen weniger Flexibilität in der Gestal-
206 tung des eigenen Lebens, weniger Selbst-wertgefühl und

207 daher, wie auch in der erwähnten DIW Studie bewiesen,
208 weniger Zufriedenheit und Freude am Leben.
209 Es darf hier schliesslich auch nicht unerwähnt bleiben,
210 dass wachsendes Vermögen selbst zunehmend Ertrag
211 bringt und dadurch die Einkommensverteilung innerhalb
212 der Gesellschaft zugunsten der reicheren Schichten be-
213 einflusst. In der Tat ist die Relation zwischen dem Reinver-
214 mögen der Deutschen und dem Bruttoinlandsprodukt von
215 3,1x in 2000 auf 3,9x in 2018 gestiegen (Quelle: Destatis).
216 Das derzeit vieldiskutierte Thema der Wiedereinführung
217 einer Vermögensbesteuerung, u.a. begrenzt auf sehr ho-
218 he Vermögen, wie letztlich von der SPD erneut vorgeschla-
219 gen, ist an anderer Stelle zu behandeln, da ihre Ziele ande-
220 re sind. Hier geht es darum, dass Bevölkerungsschichten
221 mit wenig oder ohne Sparpotential Zugang zur Beschaf-
222 fung von Vermögen direkt oder indirekt ermöglicht wird.
223 Wenn es aber um Priorität geht, sind einige der Meinung,
224 dass die Einführung einer Vermögenssteuer „mit diversen
225 Problemen und bürokratischem Aufwand verbunden“ ist
226 (Quelle 6). Daher sollte man Vorrang einer aktiveren und
227 innovativer Reformpolitik auf dem Gebiet der Vermögens-
228 bildung geben.

229 Kombinationen mit Beteiligungsmodellen an Unterneh-
230 men können dann gerade für geringvermögende Gruppen
231 von großer Relevanz sein, wenn diese durch Fondsstruktu-
232 ren weitestgehend vom Risiko eines Totalausfalls be-
233 freit sind. Ferner kann der Staat, wie beschrieben, neben
234 dem Rechtsrahmen auch aktiv Teil dieser Struktur werden
235 und eigene Fondsmodelle für eine aktive Umverteilung
236 von Betriebsvermögen leisten (Quelle 7).

237 QuellenQuelle 1: Für eine aktuelle Darstellung der Fol-
238 gen der deutschen Wirtschaftspolitik auf die Vermögens-
239 verteilung: Mai Chi Dao, „Wealth Inequality and Private
240 Savings: The Case of Germany“, IMF Working Paper, Juni
241 2020

242 Quelle 2: vgl. hierzu DIW Wochenbericht 29/2020,
243 C. Schröder, C. Bartels, K. Göbler, M. Grabka, J. König
244 „MillionärInnen unter dem Mikroskop: Datenlücke bei
245 sehr hohen Vermögen geschlossen – Konzentration
246 höher als bisher ausgewiesen“, online abrufbar unter:
247 [https://www.diw.de/de/diw_01.c.793802.de/publikatio-](https://www.diw.de/de/diw_01.c.793802.de/publikationen/wochenberichte/2020_29_1/millionaerinnen_unter_dem_mikroskop__datenluecke_bei_sehr_ho__geschlossen____konzentration_hoehler_als_bisher_ausgewiesen.html)
248 [nen/wochenberichte/2020_29_1/millionaerinnen_un-](https://www.diw.de/de/diw_01.c.793802.de/publikationen/wochenberichte/2020_29_1/millionaerinnen_unter_dem_mikroskop__datenluecke_bei_sehr_ho__geschlossen____konzentration_hoehler_als_bisher_ausgewiesen.html)
249 [ter_dem_mikroskop__datenluecke_bei_sehr_ho__ge-](https://www.diw.de/de/diw_01.c.793802.de/publikationen/wochenberichte/2020_29_1/millionaerinnen_unter_dem_mikroskop__datenluecke_bei_sehr_ho__geschlossen____konzentration_hoehler_als_bisher_ausgewiesen.html)
250 [schlossen____konzentration_hoehler_als_bisher_aus-](https://www.diw.de/de/diw_01.c.793802.de/publikationen/wochenberichte/2020_29_1/millionaerinnen_unter_dem_mikroskop__datenluecke_bei_sehr_ho__geschlossen____konzentration_hoehler_als_bisher_ausgewiesen.html)
251 [gewiesen.html](https://www.diw.de/de/diw_01.c.793802.de/publikationen/wochenberichte/2020_29_1/millionaerinnen_unter_dem_mikroskop__datenluecke_bei_sehr_ho__geschlossen____konzentration_hoehler_als_bisher_ausgewiesen.html)

252 Die Ergebnisse einer Befragung von 1.956 vermögenden
253 Haushalten wurden mit den Daten aus dem SOEP Sozio-
254 oekonomischen Panel (ca.16.000 Haushalten) und der Rei-
255 chenliste des manager magazins kombiniert. Frühere Er-
256 gebnisse sind im DIW Wochenbericht 40/2019 zu fin-
257 den: M. Grabka, C. Halbmeier „Vermögensungleichheit in
258 Deutschland bleibt trotz steigender Nettover-
259 mögen anhaltend hoch“. Die neue DIW Schätzung des Ge-

260 samtnettvermögens der Deutschen erhöht sich um über
261 25% von € 8,2 Bill. auf € 10,3 Bill.
262 Quelle 3: Der Gini-Koeffizient der Einkommensverteilung
263 ist von 25,0 in 2000 auf 31,1 in 2018 gestiegen und liegt
264 somit über dem EU-Durchschnittswert (28 Länder: 30,8).
265 Quelle: Eurostat
266 Quelle 4: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht April
267 2019, „Vermögen und Finanzen privater Haushalte in
268 Deutschland: Ergebnisse der Vermögensbefragung 2017“
269 Quelle 5: EZB / HFCS, “The Household Finance and Con-
270 sumption Survey 3rd Wave 2017. Der Gini-Koeffizient in
271 2017 liegt in Deutschland bei 0,739 gegenüber einem
272 Durchschnittswert der Euro-Länder von 0,695.
273 Quelle 6: Interview mit Markus M. Grabka, DIW Wochen-
274 bericht Nr. 40/2019.
275 Quelle 7: Für eine faktenbezogene Darstellung und Dis-
276 kussion der aktiven Rolle des Staates bei der Unterstüt-
277 zung von Neugründungen und Innovation allgemein mit
278 Schwerpunkt USA: M. Mazzucato, „The Entrepreneurial
279 State“, 2013
280 [1]² Wie z.B. in Frankreich durch die Verzahnung des PEE –
281 Plan d'épargne entreprise mit dem FCPE - Fond commun
282 de placement d'entreprise

¹#_ftn1